

Bürgerschaftliches Engagement im demografischen Wandel **- Der Beitrag der Älteren -**

„Weniger, älter, bunter“ - unter diesen Schlagworten werden die markantesten Auswirkungen des demografischen Wandels häufig zusammengefasst. Die bekannten Fakten:

- In Deutschland ist die Altersstruktur dadurch gekennzeichnet, dass die Sterberate höher ist als die [Geburtenrate](#). Die Bevölkerung insgesamt „schrumpft“.
- Durch die höhere [Lebenserwartung](#) der Menschen bei gleichzeitig seit Jahrzehnten rückläufiger Geburtenrate steigt der Anteil älterer Menschen gegenüber dem Anteil Jüngerer. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung der Menschen um ca. 20 Jahre gestiegen. Für Frauen in Deutschland beträgt sie derzeit rund 83 Jahre, für Männer im Durchschnitt 77,5 Jahre. Die Gesellschaft „altert“ also.
- Die Rate von Zuzügen durch [Migration](#) ist in den letzten zwei Jahrzehnten zwar leicht gefallen, bleibt aber weiterhin in der Bilanz positiv. Die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung wird somit vielfältiger oder eben „bunter“.

Dies sind langfristige Trends, die Konsequenzen für fast alle Lebensbereiche haben und unser Zusammenleben einschneidend verändern werden. Die Auswirkungen der letzten Jahrzehnte bleiben auch dann bestehen, wenn es gelingen sollte, etwa durch Maßnahmen der Familien- und Arbeitsmarktpolitik, hier zumindest mittelfristig steuernden Einfluss zu nehmen. Es gilt also, sich auf die sich wandelnde Situation, auf Chancen und Risiken, einzustellen.

Durch die sich dramatisch verändernde Zusammensetzung der Bevölkerungsstruktur erhält die Generation 60+ quantitativ und qualitativ gegenüber den vorherigen Jahrgängen ein anderes Gewicht innerhalb der Gesellschaft. Während die Älteren in den Jahrzehnten zuvor eher als Minderheit wahrgenommen wurden, stehen sie

heute mit ihren Kompetenzen und Bedürfnissen stärker im Mittelpunkt. Das gilt nicht zuletzt auch für das zivilgesellschaftliche Engagement¹.

Hier ist jedoch mehr als ein funktionales Verständnis im Sinne des Auffüllens der entstehenden Lücken notwendig, sondern vielmehr ein erweiterter Begriff von lebenslanger Tätigkeit, der den Fähigkeiten und der vorhandenen Leistungsbereitschaft der Älteren auf einer strikt freiwilligen Basis Rechnung trägt. Der kulturelle Wandel der Individualisierung bringt zudem ein anderes Selbstverständnis der Älteren mit sich. Dies verlangt nach neuen gesellschaftlichen Altersbildern und adäquaten Rollenangeboten.

Allerdings ist es unzutreffend, pauschal von *dem* Alter zu sprechen, da es sich um eine sehr heterogene gesellschaftliche Gruppe handelt und das Altern prozesshaft und höchst individuell verläuft. Es ist zudem persönlich und sozial gestaltbar. Wenn wir die über 65-Jährigen meinen, so sprechen wir von unterschiedlichen Generationen. 100-Jährige sind heute keine Seltenheit mehr. Mit steigender Lebenserwartung nimmt auch das Pflegerisiko zu, so dass es zukünftig mehr Hochbetagte geben wird, die der Hilfe und Unterstützung bedürfen. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass die Altersarmut zunehmen wird und zukünftig viele Ältere in finanziell prekäre Situationen geraten. Insbesondere alleinerziehende Frauen und Geringverdiener sind davon betroffen. Auch hier sind neue Antworten gefragt. Insgesamt wächst aber auch die Anzahl der „jungen Alten“ mit guten materiellen und immateriellen Ressourcen überproportional.

Insofern gilt: Das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen kann – ein differenziertes Verständnis und angemessene Rahmenbedingungen vorausgesetzt – bei der Lösung der Aufgaben im demografischen Wandel eine wichtige Bedeutung haben. Dazu bedarf es einer intensiven Kooperation von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Engagement der Älteren

SeniorInnen bringen sich bereits jetzt sehr stark mit gemeinschaftlichen Aktivitäten in

¹ Grundsätzlich ist die Einbeziehung von Menschen aller Altersgruppen und Lebenslagen in Angebote zivilgesellschaftlichen Engagements und die Sicherstellung entsprechender Zugänge das Ziel, wenn ein sozial- und generationenverträgliches Miteinander in unserer Gesellschaft gelingen soll.

die Zivilgesellschaft ein. Die Generation 60+ sorgt dafür, dass der Anteil der bürgerschaftlich Engagierten in der Bevölkerung mit rund 36 Prozent insgesamt stabil bleibt und sie gleicht sogar Rückgänge in anderen Altersgruppen, insbesondere bei den Jüngeren, tendenziell aus. Dies hat der im Auftrag der Bundesregierung im Abstand von fünf Jahren durchgeführte Freiwilligensurvey gezeigt. In der Altersgruppe der über 65-Jährigen stieg die Engagementquote von 23 Prozent im Jahr 1999 auf 26 Prozent im Jahr 2004 und 2009 auf immerhin 28 Prozent. Zwischen 1999 und 2004 stieg die Engagementquote insbesondere bei den 60- bis 69-Jährigen, zwischen 2004 und 2009 bei den über 70-Jährigen. Das Engagement der bis zu 75-Jährigen liegt bei beachtlichen 29 Prozent (Freiwilligensurvey 2009). In den kommenden Jahren werden die in den 1968er Jahren geprägten Alters-Kohorten mit ihren ausgeprägten Engagement- und Beteiligungserfahrungen eine besondere Vorreiterrolle einnehmen.

Zu deutlich weitergehenden Zahlen kommt eine aktuelle, vom Versicherungskonzern Generali in Auftrag gegebene Altersstudie. Sie stellt fest, dass sich die Älteren in noch größerem Maße als bisher bekannt in der Gesellschaft engagieren. Danach ist der Anteil der Engagierten zwischen 65 und 85 Jahren mit 45 Prozent sogar höher als im Bevölkerungsdurchschnitt (Generali-Altersstudie 2013).

Die vorliegenden Studien weisen nach, dass darüber hinaus ein bisher ungenutztes Potenzial sowohl bei den bereits Engagierten als auch bei den daran grundsätzlich Interessierten besteht. Dies wird unterschiedlich hoch angesetzt. Der Freiwilligensurvey 2009 kommt zu dem Ergebnis, dass es zwischen 2004 und 2009 einen deutlichen Zuwachs (von 32 auf 37 Prozent) von Menschen gab, die bereit waren sich zu engagieren. Es wird hierin sogar ein „Haupttrend“ gesehen, der stärker ist als die Zunahme des tatsächlichen Engagements. Die Generali-Altersstudie spricht davon, dass jede/r Fünfte der Altersgruppe 60+ bereit sei, sich (noch stärker) zu engagieren. Inwieweit diese von den Befragten bekundete Bereitschaft, sich (noch mehr) freiwillig zu engagieren, „abgerufen“ und damit in tatsächliche Aktivität umgesetzt werden kann, konnte bisher nicht eindeutig geklärt werden. Es wird jedoch angenommen, dass gezielte Ansprache, ausreichende Information und Beratung hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Dies zeigt jedenfalls, dass sich sehr viele ältere Menschen ganz selbstverständlich für unterschiedliche Belange eigenaktiv und kompetent einsetzen. Sie leisten damit quantitativ und qualitativ einen wichtigen Beitrag zur Wahrung des sozialen Zusammenhalts im Gemeinwesen. Dies gilt es anzuerkennen und zugleich

Engagement für alle, unabhängig von Einkommen, Alter, Herkunft oder gesundheitlicher Verfassung zu ermöglichen.

Alte Bilder

Obwohl die Diskussion um adäquate Altersbilder in Forschung und Praxis schon länger andauert, herrscht in vielen Lebensbereichen immer noch ein defizitärer Blick auf das Alter(n) vor. Dabei wird unterstellt, dass Älterwerden mit einem allgemeinen Abbau der Leistungsfähigkeit, mit einem Nachlassen der Kräfte und Kompetenzen sowohl in geistiger als auch in körperlicher Hinsicht verbunden sei. Diese Sichtweise ist jedoch weder vereinbar mit allen einschlägigen Ergebnissen der Forschung noch mit der Selbstwahrnehmung und Lebenswirklichkeit der meisten älteren Menschen. Vielmehr gibt es hinreichend Belege dafür, dass es nur eine geringe bzw. überhaupt keine Korrelation zwischen Lebensalter und dem Rückgang von intellektuellen und sonstigen Fähigkeiten gibt. Im Gegensatz dazu ist die Erkenntnis gewachsen, dass das erworbene Erfahrungswissen, spezifisch entwickelte Kompetenzen und vorhandene Ressourcen eine viel größere Bedeutung für die persönliche Situation und das Befinden im Alter haben. Mehr noch: Auch im vorgerückten Lebensalter kann es zu einer Erweiterung von Kompetenzen und der Entwicklung neuer Fähigkeiten kommen.

Als positives Gegenmodell wird das an Ressourcen orientierte Altersbild, jenes vom „Aktiven Altern“ angesehen, welches einem lebenslangen Tätigsein eine wichtige Rolle bei der Erhaltung von Gesundheit, Lebenszufriedenheit und Sinnstiftung beimisst. Damit verliert dieser Lebensabschnitt etwas von seiner „Schicksalhaftigkeit“; er wird als individuell und sozial gestaltbar begriffen. Das ist zunächst ein emanzipatorischer Ansatz, der dem Individuum mehr Eigenverantwortung und größere Entwicklungsspielräume zuschreibt. Allerdings gehen damit größere Anforderungen an die/den Einzelnen und tendenziell auch eine stärkere Leistungsorientierung einher.

Im Alltagsverständnis von Organisationen und Institutionen aller gesellschaftlichen Sektoren gerät das neue Bild vom Alter(n) immer mehr in den Mittelpunkt. Man bewegt sich vielfach dennoch in einem ambivalenten Feld tradierter Vorstellungen und neuem Bild und beginnt sich immer stärker auf die „neuen Alten“ einzurichten.

In den Vereinen, Verbänden und Initiativen der Zivilgesellschaft plagen die

Verantwortlichen Nachwuchssorgen, sie verlieren an Mitgliedern und gesellschaftlicher Attraktivität. Es ist zwar ein zunehmendes Problembewusstsein und die wachsende Einsicht nach Handlungsbedarf feststellbar, dennoch gibt es bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen z.B. häufig noch starre Altersgrenzen bei der Besetzung von Ämtern, mangelnde Zusammenarbeit zwischen den Generationen oder ein fehlendes Übergangsmanagement bei ehrenamtlichen Leitungsfunktionen. Es liegt auf der Hand, dass diese Bedingungen nicht dazu geeignet sind, Kompetenzträger länger in der Verantwortung zu halten und neue Zugänge für Interessierte zu schaffen. Hinzu kommen neue Vorstellungen ehrenamtlicher Tätigkeit, die sich oftmals nicht mit jenen der Vereins- oder Verbandsstrukturen verbinden lassen (z.B. kürzere Engagementzeiten, Wechsel im Amt nach max. 3 Jahren).

Wir werden auch heute mit einer ganz anderen Generation von SeniorInnen konfrontiert, die z.T. als „Alt 68er“, ein grundsätzlich anderes Selbstverständnis und höhere Erwartungen an die Partizipationsmöglichkeiten in den Organisationen mitbringen. Hier ist ein Bewusstseinswandel notwendig, der diesen Ansprüchen größeren Raum gibt. Mit einem nur auf Karitatives verkürzten Verständnis von Engagement wird man diese Gruppen nicht nachhaltig erreichen.

In der Arbeitswelt hat sich das neue Bild des Alter(n)s ebenfalls noch nicht durchsetzen können. Dies, obwohl die Beschäftigungsquote der Älteren stetig steigt, das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 festgesetzt worden ist und Frühverrentungen der Vergangenheit angehören. Die 60-Jährigen werden in zehn bis fünfzehn Jahren die größte Gruppe in der Berufswelt sein, 2020 wird mehr als jede/r dritte Erwerbstätige über 50 Jahre alt sein. Nach wie vor ist die Wirtschaft jugendfixiert. Dies wird jedoch auf Dauer nicht haltbar sein. Der Fachkräftemangel bewirkt immerhin, dass nun die Beschäftigtengruppe der Älteren – hier insbesondere der älteren Frauen – verstärkt in den Blick gerät. Die Personalverantwortlichen entdecken langsam das große Potenzial der eigenen älteren MitarbeiterInnen. In diesem Zusammenhang gewinnt auch das bürgerschaftliche Engagement der Beschäftigten an Bedeutung. Es kann als sinnvolle, das Selbstbewusstsein stärkende und die eigenen Kompetenzen entfaltende Tätigkeit, aber auch als unterstützende Tätigkeit für viele andere – man denke nur an die Rollen von LotsInnen, PatInnen, MentorInnen und MediatorInnen – eine wichtige Schlüsselfunktion nicht nur im Übergang vom Erwerbsleben in die nachberufliche Phase einnehmen.

Auch der Bereich von Staat, Politik und Verwaltung ist massiv betroffen. Die mit dem demografischen Wandel verbundenen Veränderungen (weniger Beitrags- und SteuerzahlerInnen, mehr LeistungsbezieherInnen, Anstieg der Pflegebedürftigen etc.) stellt die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen. Auch die Kommunen sind zum Teil jetzt schon an ihrer finanziellen Leistungsgrenze angekommen und haben Mühe, ihren Aufgaben in der Daseinsvorsorge nachzukommen. Dies wird sich durch die demografische Entwicklung in Zukunft eher noch weiter verschärfen. Folgerichtig werden die Kompetenzen der Älteren auch hier stärker wahrgenommen. Nicht ganz zufällig ist derzeit eine gewisse „Konjunktur“ des bürgerschaftlichen Engagements festzustellen. Neu eingeführte Engagementformate, wie etwa der Bundesfreiwilligendienst, der nun auch Älteren offensteht, passen da – zumindest sprachlich – ganz gut ins Bild.

Vielerorts herrscht hier jedoch ein eher funktionales Verständnis des zivilgesellschaftlichen Engagements im Sinne von „aushelfen“ vor. Dessen ebenso elementare Komponenten wie mitgestalten und mitentscheiden, also seine genuin demokratischen Qualitäten, kommen in dieser Sichtweise kaum vor. Mitunter scheint es, als ginge es darum, die Älteren „in Dienst zu nehmen“. Das bürgerschaftliche Engagement lebt jedoch ganz wesentlich davon, dass es tatsächlich aus freien Stücken erbracht wird und sich seinen „Eigensinn“ bewahrt.

Gemeinsam ist allen gesellschaftlichen Sektoren, dass sich überkommene Sichtweisen des Alter(n)s und seine isolierte Betrachtung nicht eignen, um zu neuen und adäquaten Rollen- und Aufgabenverteilungen zu gelangen. Es stellt sich insgesamt die Frage, ob es nicht zu einer ganzheitlichen Betrachtung kommen muss, bei der das individuelle Alter nur ein Merkmal neben anderen ist.

Der Dachverband der Seniorenorganisationen stellt fest: *„Das Lebensalter ist als Abgrenzungskriterium grundsätzlich nicht geeignet. Altersgrenzen stehen einer Nutzung der Potenziale des Alters entgegen. Dies kann nicht im Interesse einer älter werdenden Gesellschaft sein“* (BAGSO-Positionspapier 4, 2011).

Angemessen wäre hingegen eine differenzierte Wahrnehmung, die sowohl den Risiken und möglichen Verlusten, vor allem aber den mit dieser Lebensphase verbundenen Chancen und Potenzialen Rechnung trägt.

Neue Rollen

Die Zivilgesellschaft mit ihren unterschiedlichen Organisationsformen ist der eigentliche „Ort“ des bürgerschaftlichen Engagements, da es größtenteils in Vereinen, Verbänden, Netzwerken und Initiativen erbracht wird.

Die Ausgangssituation erscheint günstig. Es gibt einerseits einen hohen Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement und gleichzeitig eine große Bereitschaft, gerade der älteren Menschen, sich aktiv einzubringen. Dafür müssen allerdings die äußeren Bedingungen stimmen, unter denen diese freiwilligen Tätigkeiten erfolgen. Auch die Organisationen selbst haben einigen Reformbedarf hinsichtlich der Weiterentwicklung und Stärkung des Engagements.

Es muss sich etwa das Spektrum der Gewinnung und der Ansprache mit Blick auf die „neuen Alten“ verändern und erweitern. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen insgesamt „durchlässiger“ für verschiedene Altersgruppen werden. Im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements sind starre Altersgrenzen (wie etwa bei SchöffInnen und anderen klassischen Ehrenämtern) noch viel weniger haltbar als in der Wirtschaft oder in anderen Lebensbereichen. Sie basieren auf überkommenen Vorstellungen, die durch die Realität längst widerlegt sind. Es darf auch bei vielen anderen Engagementformen nicht weiter zu Diskriminierungen und impliziten Ausgrenzungen kommen, die vorhandenes Erfahrungswissen und wichtige Kompetenzen brachliegen lassen. Es braucht im Gegenteil Maßnahmen, die auch ältere Menschen zur Aufrechterhaltung oder zur Neuaufnahme von Engagement einladen.

Hier liegt ja ein wesentlicher Teil des beschriebenen Engagementpotenzials, das nur dann erschlossen werden kann, wenn es gelingt, die Älteren gezielter anzusprechen, kompetent zu beraten und angemessen zu begleiten. Dazu müssen sich die Organisationen zum einen selbst qualifizieren, zum anderen aber auch passende Bildungs- und Qualifizierungsangebote für diese Gruppe entwickeln. Die Verbesserung des Zusammenwirkens von hauptamtlich in den Organisationen Tätigen und den freiwillig Engagierten ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung, da eine gute wertschätzende Kooperation ein wesentlicher Beitrag zur Anerkennungskultur ist.

Darüber hinaus sind Ansätze verstärkt zu entwickeln, die das Verständnis der

Generationen füreinander verbessern und helfen, gegenseitige Vorurteile abzubauen. Dies wäre gesellschaftlich betrachtet ein Beitrag zum Diskurs der mit dem demografischen Wandel assoziierten Konflikte, wie Verteilungsgerechtigkeit oder Schuldenlast. Im eigenen Interesse der zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihrer Zukunftsfähigkeit muss es aber auch gelingen, gute Formen der Übergabe von Verantwortung zwischen den Generationen zu finden, die bei gleitenden Übergängen etwa durch Mentoring der Jüngeren durch die Erfahrenen unterstützt werden.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen übernehmen in vielen Bereichen Dienstleistungsfunktion, dabei sind sie jedoch auf die ergänzende Unterstützung durch Freiwillige angewiesen. Der Umfang der hier zusätzlich erbrachten Leistungen ist beträchtlich. Dabei darf es aber gerade nicht primär um die Entlastung der hauptamtlichen Beschäftigten und betriebliche Kostensenkung gehen, sondern im Vordergrund stehen die soziale Einbettung des eigenen Handelns und eine Einbindung des – mitunter auch kritischen – Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Das bürgerschaftliche Engagement ist damit Ausdruck einer freiwilligen Verantwortungs- und Beteiligungskultur, die in einer demokratischen Gesellschaft nicht zu ersetzen ist. Die Organisationen beziehen daraus nicht unwesentlich ihre gesellschaftliche Legitimation.

Da es sich dabei um ein hohes demokratisches Gut handelt, sind die Organisationen aufgerufen, sich nicht nur anwaltlich für ihre jeweiligen Themen und Klienten einzusetzen, sondern auch das bürgerschaftliche Engagement in seinem Eigenwert zu bewahren und zu stärken. Dazu gehört, dass es von bezahlten Tätigkeiten abgegrenzt werden muss. Die bereits bestehende Grauzone von gering entlohnten Tätigkeiten und teilweise vergüteten Engagementformen sollte nicht unbedacht ausgeweitet werden. Der Bedarf an transparenten und nach klaren Kriterien gestalteten Übergängen von Engagement zu Erwerbsarbeit wächst. Eine Engagementförderung, die mit finanziellen Anreizen arbeitet, muss kritisch daraufhin geprüft werden, ob sie tatsächlich neue Zugänge ins Engagement für Menschen mit geringem Einkommen ermöglicht – dies wäre ein starkes Argument – oder ob sie zu einer Schwächung der Freiwilligkeit und dem Anwachsen eines schlecht bezahlten prekären Erwerbssektors beiträgt. Möglicherweise benötigen wir hier neue, differenzierte Förderansätze nach klaren Kriterien. Es ist jedoch unbestritten eine große Herausforderung, dass der Anteil der Gruppe prekär Beschäftigter und damit der von Armut bedrohten Menschen bei den Älteren zukünftig ansteigen wird. Daher muss auch die Engagementförderung hier Antworten finden. Allerdings ist dies ein

gesamtgesellschaftliches Problem, bei dem vor allem politische Lösungen unter Beteiligung aller Sektoren gefragt sind.

Im Bereich der Wirtschaft sollten für das Engagement der Beschäftigten insgesamt mehr Frei- und Zeiträume geschaffen werden, die eine gute Balance zwischen Arbeit, Privatleben und freiwilligen Aktivitäten individuell ermöglichen. Fachlich gut geregelt werden müssen Fragen der Freistellung für Engagement, aber auch Formate des Corporate Volunteering und Aktivitäten der Unternehmen im Rahmen von Corporate Citizenship. Durch unterschiedliche Maßnahmen kann die bessere Vereinbarkeit von Familie / Pflege und Beruf erreicht werden. Insgesamt muss es zur deutlichen Flexibilisierung der Arbeitszeitgestaltung kommen, z.B. auch im Interesse von pflegenden Angehörigen. Altersteilzeit-Modelle müssen stärker darauf ausgerichtet sein, älteren Beschäftigten ein längeres gesundes Arbeiten und einen gleitenden Übergang in die nachberufliche Phase zu ermöglichen. Starre Altersgrenzen sind grundsätzlich in Frage zu stellen.

Auch über die Erwerbsphase hinaus können die Kompetenzen der Älteren betrieblich eingebunden werden, etwa indem sie als „Senior-ExpertInnen“ weiterhin ihr Know-how einbringen und die jüngeren MitarbeiterInnen beratend begleiten.

Wichtig wäre, dass sich die Betriebe für Kooperationen mit Organisationen der Zivilgesellschaft stärker öffnen. Dort sind oftmals Kompetenzen vorhanden, die bei der Bewältigung der kommenden Herausforderungen hilfreich sein können. Die gilt z.B. für Gesundheitsfragen, den Umgang mit Behinderung im Arbeitsleben, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und viele weitere Fragen. Dem freiwilligen Engagement, innerbetrieblich wie außerhalb, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Es kann eine „Brücke“ zwischen der Phase der Erwerbsarbeit und dem nachberuflichen Leben bilden, wie es auch in anderen Lebensphasen (Schule-Beruf; Erwerbsarbeit-Familienzeiten, Arbeitslosigkeit- Erwerbsarbeit) Übergänge ermöglicht. Eine gute Kooperation zwischen den Sektoren erleichtert hier nicht nur individuelle Übergänge, sondern erhält Motivation und Fähigkeiten, deren Anwendung für das Gemeinwesen insgesamt wertvoll ist und schärft den Blick für gute Engagement fördernde Infrastrukturen und deren erforderliches Tätigkeitsprofil.

Der Sektor Staat muss, dem Subsidiaritätsgedanken folgend, vor allen Dingen die Rahmenbedingungen bereitstellen, damit sich das bürgerschaftliche Engagement auch außerhalb des staatlichen Aktionsradius, z.B. bei freien Trägern, Verbänden und Vereinen, entfalten kann. Das staatliche Gemeinwesen mit seinen

verschiedenen föderalen Ebenen profitiert immens von den freiwilligen Aktivitäten der BürgerInnen und ist zudem in seiner demokratischen Verfassung auf die Mitwirkung der Menschen angewiesen. Die meisten Beiträge werden im lokalen Raum, in den Städten und Gemeinden, in Stadtteilen und Nachbarschaften erbracht. Der soziale Nahraum ist somit der Ort, an dem die BürgerInnen ihr Engagement in erster Linie einbringen. Hier werden auch die Auswirkungen des demografischen Wandels, z.B. der Anstieg der Pflegebedürftigkeit, am stärksten zu spüren sein. Grund genug, sich in besondere Weise für gute Bedingungen für das freiwillige Tun der Menschen in einer älter werdenden Gesellschaft einzusetzen. Es liegt auf der Hand, dass bei der Größe der Aufgabe dies nicht allein von den Kommunen geleistet werden kann, zumal ihre finanziellen Spielräume schon jetzt vielerorts sehr gering sind. Vielmehr müssen sie vom Bund und den Ländern dabei maßgeblich unterstützt werden.

Von besonderer Bedeutung sind die Information und Beratung über die Möglichkeiten des freiwilligen Engagements. Darauf weisen auch Ergebnisse des Freiwilligensurveys hin. Konstant über 50 Prozent der Befragten sehen hier einen Entwicklungsbedarf (Freiwilligensurvey 2009). Damit sind die lokalen Kontakt- und Beratungsstellen, wie Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen oder auch Mehrgenerationenhäuser und Bürgerstiftungen angesprochen, die – mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung – das Engagement vor Ort unterstützen.

In Bezug auf ältere Menschen sind die rund 300 Seniorenbüros in Deutschland von besonderem Interesse. Diese verstehen sich als Informations-, Begegnungs-, Beratungs- und Vermittlungsstellen auf lokaler Ebene. Sie richten sich an Menschen ab 50 Jahren, die für sich und andere aktiv werden wollen. Seniorenbüros agieren im besten Fall als Kompetenzzentren, Impulsgeber und Vernetzer für innovative Seniorenarbeit und entwickeln Ideen, deren Umsetzung das Gemeinwesen einer Kommune bereichert und den Zusammenhalt stärkt.

Die in den letzten Jahrzehnten entstandenen Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen sind im Idealfall Knotenpunkte des Engagements im lokalen Raum und verstehen sich als Entwicklungsagenturen für Selbstorganisation, Begegnung, Austausch, Mitgestaltung und Partizipation. Als verbandsoffene und trägerübergreifende Anlaufpunkte sind sie in der Lage, diese wichtigen Aufgaben und Prozesse vor Ort zu moderieren und voran zu treiben. Dies setzt voraus, dass sie sich qualitativ kontinuierlich weiter entwickeln. Dazu ist die fachliche Vernetzung in übergreifenden Verbänden, in spezifischen Landesarbeitsgemeinschaften, in den

eigenen Fachverbänden und anderen Netzwerken auf Bundesebene hilfreich und notwendig.

Allen Einrichtungstypen ist gemeinsam, dass sie oftmals Probleme haben, ihre inzwischen weitgehend als wichtig anerkannte Arbeit nachhaltig zu finanzieren. Es ist jenseits von zeitlich befristeten Modellprogrammen kaum gelungen, diese Anlaufstellen auf lokaler Ebene längerfristig und verlässlich abzusichern. Aber nur, wenn die Einrichtungen durch eine angemessene Ausstattung dazu in die Lage versetzt werden, können sie ihr anspruchsvolles Aufgabenspektrum auch tatsächlich abdecken.

Die Finanzierung der Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen ist eigentlich Teil der kommunalen Daseinsvorsorge, braucht aber angesichts der Finanzlage der meisten Kommunen Unterstützung von Bund und Ländern. In diesem Zusammenhang sollte das so genannte Kooperationsverbot, welches direkte Hilfen des Bundes verbietet, dringend geändert bzw. abgeschafft werden, so dass die fachlichen Bedarfe einer das Engagement fördernden Infrastruktur von Kommunen und Länder, wo es nicht anders möglich ist, auch durch den Bund gefördert werden können. Insgesamt muss das Förder- und Zuwendungsrecht zugunsten langfristiger Perspektiven geändert werden, so dass nachhaltige Strukturen aufgebaut und abgesichert werden können. Dazu könnten neben der öffentlichen Hand auch Unternehmen und Stiftungen einen Beitrag leisten.

Über alle Sektoren hinweg ist die Vertiefung von Kooperation und Vernetzung notwendig. Dies gilt nicht nur für die unterschiedlichen Akteure großer zivilgesellschaftlicher Bereiche wie Sport, Soziales, Kultur, Umwelt etc., sondern auch für die bereichsübergreifende Kooperationen der Akteure, die oftmals zu wenig im Austausch sind und in künstlicher Abgrenzung verharren. Aber auch darüber hinaus muss es zu neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft kommen. Dies ist jedoch nicht voraussetzungsfrei und bedarf der Überwindung von gegenseitigen Zuschreibungen und Vorurteilen. Dabei werden die jeweiligen Verantwortlichkeiten nicht aufgehoben, sondern in einem – bestenfalls – „herrschaftsfreien Dialog“ miteinander (neu) ausgehandelt. Das gemeinsame Ziel, das bürgerschaftliche Engagement zum Nutzen des individuellen und allgemeinen Wohls zu stärken, könnte Antrieb sein, diesen sicher nicht konfliktfreien Diskurs ernsthaft zu führen.

Die Menschen werden aus unterschiedlichen Motiven bürgerschaftlich aktiv. Das in

Umfragen am häufigsten genannte Bedürfnis ist das der gesellschaftlichen Mitgestaltung, wenigstens oder gerade im Kleinen. Es geht neben der Gemeinwohlorientierung, also dem Wunsch zu helfen, auch um soziale Anerkennung und Einbindung, um Qualifizierung und Selbstwirksamkeit. In der Regel treffen verschiedene Motivlagen zusammen.

Das bürgerschaftliche Engagement hat einen beträchtlichen Anteil an der allgemeinen wirtschaftlichen Wertschöpfung, trägt aber insbesondere zur Bildung des *sozialen und politischen Kapitals* bei. Es schafft auf Vertrauen basierende soziale Beziehungen, ohne die keine Gesellschaft auf Dauer existieren kann. Es verringert so letztlich auch die gesellschaftlichen Kosten für Hilfeleistungen und Unterstützung, die ansonsten von der Allgemeinheit bzw. vom Staat und seinen Institutionen erbracht werden müssten. Hier besteht ein Spannungsfeld zwischen dem Eigensinn des Engagements und seiner gesellschaftlichen Nutzenwirkung, die jedoch nicht grundsätzlich im Widerspruch zueinander stehen. Vielmehr sind es zwei Seiten derselben Medaille. Ein verlässliches soziales Sicherungssystem schafft, im Verbund mit angemessenen Arbeitsbedingungen, die Basis für mehr bürgerschaftliches Engagement, welches wiederum den sozialen Zusammenhalt stärkt. Auf diesen Zusammenhang hat Robert Putnam (*Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, 1994) hingewiesen. Insofern kann bürgerschaftliches Engagement nicht Ersatz für staatliches Handeln sein, sondern bedarf eines förderlichen gesellschaftlichen Umfelds, welches es aber auch durch die eigene Tätigkeit aktiv mitgestaltet.

Unter Gesichtspunkten politischer Integration ermöglicht das Engagement Erfahrungen und Kompetenzen des Gestaltens und der Beteiligung, von Kooperation und Vernetzung. Die Selbstwirksamkeitserfahrungen eines solchen, eigensinnigen Engagements sind auch für die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft unverzichtbar. Das bürgerschaftliche Engagement stellt einen Wärmestrom dar, der unsere demokratische Gesellschaft lebendig hält.

Dieses Engagement, auch und gerade das der Älteren, gilt es im allgemeinen Interesse in seiner ganzen Mehrdimensionalität anzuerkennen, zu stärken und zu fördern.

Die Autorinnen und Autoren:

PD Dr. Ansgar Klein ist Geschäftsführer des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Kontakt: ansgar.klein@b-b-e.de

Erik Rahn ist Diplompädagoge und Gründer von 4K Projekte.

Kontakt: rahn@4kprojekte.com

Heidmarie Rubart ist Demografiebeauftragte des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Kontakt: Heidmarie.Rubart@gmx.de

Dagmar Vogt-Jansen ist Sprecherin der Arbeitsgruppe »Bürgerschaftliches Engagement im Demografischen Wandel« des BBE; Fachbereich Senioren und Bereichsleiterin Kommunalen Seniorenservice der Stadt Hannover.

Kontakt: Dagmar.Vogt-Janssen@Hannover-Stadt.de

Jana Kellermann ist Leiterin des Qualifizierungsprogramms „Civil Academy“ und betreut die AG »Bürgerschaftliches Engagement im Demografischen Wandel« des BBE.

Kontakt: jana.kellermann@b-b-e.de